

Die Experten Klaus J. Bade und Albert Schmid stützen die rot-grünen Zuwanderungspläne

Plädoyer für eine Debatte ohne Scheuklappen

„Migration ist Realität und muss gesteuert werden“ – Aufklärung und Integration als Schlüssel

VON HERBERT FUEHR

NÜRNBERG — Es könnte die große Chance sein, aber man muss weiter blicken, ob sie genutzt wird: Im geplanten Zuwanderungsgesetz sieht Albert Schmid, der Präsident des Nürnberger Asyl-Bundesamts, ein Zeichen dafür, dass über das brisante Thema nun rational „ohne Bekenntnistümelei“ diskutiert wird und es möglich ist, folgenschwere Versäumnisse und Mängel der bisherigen Einwanderungspolitik zu beheben. Für den Migrationsforscher Klaus Bade ist der rot-grüne Entwurf der Beleg dafür, dass „wir endlich in der Realität angekommen sind“.

Die beiden Experten diskutierten auf Einladung des Bildungszentrums im Rahmen der von den *Nürnberger Nachrichten* unterstützten Reihe „Kontrapunkte“ vor vollem Haus nicht kontrovers, aber anregend. Und nach zweieinhalb Stunden stand wieder die Frage im Raum, was außer parteipolitischen und wahltaktischen Gründen die Union bewegt, den Entwurf unbeirrbar abzulehnen.

Notwendige Instrumente

Bade ist es nach eigenen Worten egal, ob Deutschland als Einwanderungsland bezeichnet wird oder nicht: „Wir haben Einwanderung und müssen damit zurechtkommen.“ Unter anderem wegen der Bevölkerungsentwicklung und des Fachkräftemangels sei Zuwanderung aber auch nötig — gleichzeitig brauche man ebenso dringend Instrumente, um sie zu steuern. Was dem Land derzeit bei der Zuwanderung Probleme bereite, assistiert Schmid, sei „ein Spiegel unserer Defizite“: „Jahrelang habe man die Tatsache der Einwanderung verdrängt und deshalb Lösungen verschleppt.“

Schmid rät, sich von falschen Alternativen zu verabschieden, die etwa lauteten „Qualifikation der hier Lebenden vor Zuwanderung“ oder „Integration vor Zuwanderung“. Man



Der Nürnberger Behörden-Chef Albert Schmid sieht noch großen Nachholbedarf. Foto: Wilhelm Bauer

müsse „das eine tun, ohne das andere zu lassen“, weg von einseitigen Lösungen — hin zu dem, was Bade einen „ganzheitlichen Ansatz“ bezeichnet. Der wiederum sei Grundgedanke des rot-grünen Gesetzentwurfs.

Beide Experten räumen ein, dass die aktive Zuwanderungspolitik bei vielen Politikern und Bürgern Bedenken oder gar Ängste auslöst — was übrigens kein typisch deutsches Phänomen sei. „Das beste Mittel dagegen ist Aufklärung“, betont Schmid, und zwar „nicht nach Gutmenschen-Art“. Darunter versteht der Amtschef, über alle Aspekte zu informieren, also auch über Ausreisepflichten. Das sei eine öffentliche Aufgabe. Bade nimmt den eigenen Berufsstand mit in die Verantwortung, der mit „mensch-

freundlicher Prosa“ Probleme verständlich darlegen müsse.

Nachholbedarf gibt es zweifellos auch beim schwierigen Kapitel Integration — die ja, wie die zwei Experten betonen, im Gesetzentwurf erstmals konkret werde. Bade verweist darauf, dass man früher Gastarbeitern die berufliche Qualifizierung nicht angeboten und sie deshalb an den Rand des Arbeitslebens gedrängt habe. Oder dass Asylbewerber während ihres Anerkennungsverfahrens nicht arbeiten und nicht am sozialen Leben teilhaben dürfen — „wenn sie dann die Anerkennung kriegen, sind viele schon kaputt.“

Leistung nicht schmälern

Schmid, dessen Behörde künftig den Namen „Bundesamt für Flüchtlinge und Migration“ tragen soll, dem aber (wie Bade) die Bezeichnung „für Migration und Integration“ lieber wäre, will die bisherigen Leistungen nicht schmälern. Betriebe, Bildungseinrichtungen und soziale Verbände hätten schon viel getan. Doch künftig werde es nötig sein, deren Arbeit zu vernetzen zu einem breiten staatlichen, privaten und kirchlichen Angebot an Bildung und Weiterbildung.

Schmid widerspricht entschieden der Behauptung, dass dies und die Anerkennung nichtstaatlicher oder geschlechtsspezifischer Verfolgung die Zahlen der Zuwanderer in die Höhe trieben. Es werde keine nennenswerten zusätzliche Einwanderung geben, sondern nur deren aktive Steuerung. Kein Ausländer, der Arbeit suche, werde mehr gezwungen sein, sich als Asylbewerber auszugeben, weil es die einzige Chance sei, ins Land zu kommen. Auf die Frage nach den „Wirtschaftsflüchtlingen“ antwortet Bade knapp, unter diese Kategorie fielen auch 95 Prozent der deutschen Auswanderer, die etwa in Amerika ihr Glück suchten.